

22.10.2015



Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland



## **Für ein modernes und nachhaltiges Baden-Württemberg – Zehn Kernforderungen zur Landtagswahl am 13.3.2016**

NABU und BUND Baden-Württemberg fordern alle Parteien auf, sich in der neuen Legislaturperiode für eine konsequent nachhaltige Entwicklung des Landes, den Erhalt der Biodiversität und einen umfassenden Klimaschutz einzusetzen.

In den vergangenen fünf Jahren hat die Landesregierung wichtige ökologische Weichenstellungen vorgenommen und viele Voraussetzungen für Fortschritte im Natur- und Umweltschutz geschaffen. Zu nennen sind vor allem das Klimaschutzgesetz und das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK), die Naturschutzstrategie und das Naturschutzgesetz, die flächendeckende Einrichtung der Landschaftserhaltungsverbände und die Errichtung des Nationalparks Schwarzwald.

Die Landesregierung muss die Rahmenbedingungen in der nächsten Legislaturperiode so konkretisieren, dass der Verlust der Biologischen Vielfalt gestoppt wird, der Klimaschutz spürbar und messbar vorankommt, die Ressourceneffizienz gesteigert wird und nachhaltiges Handeln zur Arbeitsgrundlage aller Ministerien und Behörden des Landes wird. Es ist Aufgabe der Politik, das Thema Suffizienz als unverzichtbaren Bestandteil der Nachhaltigkeit aufzugreifen und zu thematisieren.

Eine auf den Eckpfeilern Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität aufgebaute Gesellschaft ist Grundlage für die Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs. Um diese zu erreichen fordern die Umweltverbände BUND und NABU in Baden-Württemberg in der kommenden Legislaturperiode eine umweltfreundliche Politik.

### **Die Kernforderungen der Verbände sind:**

- 1. Das Land muss Vorbild sein für ein umweltschonendes Wirtschaften und Handeln.** Es hat konsequent eine nachhaltige und ressourcenschonende Beschaffungsordnung zu konzipieren und gemeinsam mit den Kommunen umzusetzen. In der Beschaffungsanordnung ist „Ohne Gentechnik“ als Standard für alle Lebensmittel vorzuschreiben.  
*(siehe Forderungskatalog Seite 1 und 2)*
- 2. Um die Pflichtaufgaben des Naturschutzes und die vom Land gesetzten Ziele der Naturschutzstrategie erreichen zu können, ist die Staatliche Naturschutzverwaltung aufgabengerecht zu stärken und der Naturschutzhaushalt auf 90 Millionen Euro pro Jahr zu erhöhen.**  
*(siehe Forderungskatalog ab Seite 2)*

3. Die **Fachplanungen zum Landesweiten Biotopverbund** und der **Generalwildwegeplan** sind zusammenzuführen und im Landesentwicklungsplan und in den Regionalplänen verbindlich zu sichern (Aktionsprogramm Grüne Infrastruktur).  
(siehe *Forderungskatalog ab Seite 4*)
4. **Streuobstbestände** und artenreiches Grünland sind gesetzlich zu schützen.  
(siehe *Forderungskatalog Seite 4*)
5. Der **Pestizideinsatz** in der Landwirtschaft ist bis 2020 um 50 Prozent im Vergleich zu 2015 zu reduzieren. Die Landesregierung hat den Einsatz **glyphosathaltiger** Herbizide auf Landesflächen zu verbieten (Pestizidreduktionsprogramm Baden-Württemberg).  
(siehe *Forderungskatalog Seite 5*)
6. Der **naturverträgliche Ausbau der Solar- und Windenergie** in Baden-Württemberg mit den beschlossenen Zielen ist weiter mit Nachdruck voranzutreiben.  
(siehe *Forderungskatalog Seite 7*)
7. Die Anforderungen an **Energieeffizienz** sind umzusetzen (Aktionsprogramm Energieeffizienz). Das Land hat ordnungsrechtliche Maßnahmen anzupassen, um die Senkung der Energieverbräuche und eine bessere Energieeffizienz zu erreichen. Beispielsweise ist eine Austauschpflicht von ineffizienten, unregulierten Heizungspumpen innerhalb drei bis fünf Jahren sowie ein Verbot von Nachtspeicherheizungen einzuführen.  
(siehe *Forderungskatalog Seite 7 und 8*)
8. Im **Straßenraum** ist mehr Platz für den Fuß- und Radverkehr oder den Bus- und Schienenverkehr **auf Kosten der Fläche für den Autoverkehr zu schaffen**. Hierfür sind entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen und vorhandene Fördertöpfe umzuorganisieren.  
(siehe *Forderungskatalog ab Seite 9*)
9. Der Flächenverbrauch in Baden-Württemberg ist konsequent und dauerhaft zu reduzieren. Es müssen deutliche Erfolge zur Erreichung des langfristigen Ziels einer „**Netto-Null**“ **beim Flächenverbrauch** sichtbar werden.  
(siehe *Forderungskatalog Seite 11 und 12*)
10. Die Landesregierung hat **TTIP** eine klare Absage zu erteilen. Ebenso hat sie sich gegen **CETA**, das Freihandelsabkommen mit Kanada, das unter anderem ebenfalls private Schiedsgerichtsverfahren vorsieht, auszusprechen.  
(siehe *Forderungskatalog Seite 12 und 13*)

Der ausführliche Forderungskatalog von BUND und NABU, auf den sich die angegebenen Seitenzahlen beziehen, steht online zur Verfügung unter [www.bund-bawue.de/landtagswahl-2016](http://www.bund-bawue.de/landtagswahl-2016) und [www.NABU-BW.de/landtagswahl2016](http://www.NABU-BW.de/landtagswahl2016)